

Steuerentlastungskonzept

Mehr Netto für alle

Normalverdiener, Familien und der Mittelstand gelten zu Recht als tragender Pfeiler der Gesellschaft. Auch und gerade in ökonomischer Hinsicht. Die Mittelschicht ist es, die von ihrem erarbeiteten Einkommen den Großteil des Steueraufkommens bestreitet. Von Brutto-Verdienstzuwächsen verbleibt aber immer weniger Netto auf den Gehaltsabrechnungen. Dies kann nicht gerecht sein. Deshalb will die CSU der kalten Progression entgegenreten und die breite Masse der Normalverdiener so bald wie möglich steuerlich entlasten.

Das unter intensiver Beteiligung der CSU-Landesgruppe entwickelte Drei-Stufen-Konzept der CSU kann bis 2012 umgesetzt werden. Es verbindet das Ziel einer breiten Entlastung für Familien, Arbeitnehmer und Mittelstand mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung.

Erster Schritt: Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag, Wiedereinführung der Pendlerpauschale

Im Jahr 2009 sollen mit einer Sofortentlastung zunächst das Kindergeld und der Kinderfreibetrag erhöht werden. Zugleich soll die Pendlerpauschale zur steuerlichen Berücksichtigung der Fahrten zum Arbeitsplatz ab dem ersten Kilometer und damit in bewährter Form wieder eingeführt werden.

Verschiedene Gerichte machen gegen die aktuelle Form der steuerlichen Berücksichtigung der Fahrten zum Arbeitsplatz erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Der Bundesfinanzhof hat im Januar festgestellt, dass Fahrten von der Wohnung zur Arbeit als berufsnotwendige Aufwendungen und damit zu den Werbungskosten zu rechnen sind. Dem sollte die Politik jetzt Rechnung tragen. Zumal die Preise für Benzin und Diesel seit Beginn des Jahres erheblich gestiegen sind und der Staat mit deutlich höheren Steuereinnahmen hiervon profitiert. Politik im Sinne der Bürger muss auch den Mut haben, Entscheidungen zu korrigieren. Das Entlastungsvolumen des gesamten

ersten Entlastungsschrittes beziffert sich auf 5 Mrd. Euro.

Zweiter Schritt: Erhöhung des Grundfreibetrags und Absenkung des Eingangssteuersatzes

Im Jahr 2010 soll eine erste Senkung des Einkommensteuertarifs durch Erhöhung des Grundfreibetrages von jetzt 7.664 auf dann 8.004 Euro erfolgen sowie eine Reduzierung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 13 Prozent. Der Spitzensteuersatz bleibt unverändert. Entlastungsvolumen 10 Mrd. Euro.

Dritter Schritt: Abflachung des gesamten Tarifverlaufs

Im Jahr 2012 soll eine Abflachung des gesamten Steuertarifs erfolgen. Von der neuerlichen Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 12 Prozent und der Anhebung der Grenze auf 60.000 Euro, ab der der unverändert hohe Spitzensteuersatz greift, profitieren alle Arbeitnehmer. Außerdem soll ein Kindergrundfreibetrag in Höhe von 8.004 Euro eingeführt werden. Das Entlastungsvolumen dieses dritten Schrittes beziffert sich auf 13 Mrd. Euro.

Bei seriös prognostizierten Steuermehreinnahmen von 100 Milliarde Euro bis zum Jahr 2012 ist es nur recht und billig, ein gutes Viertel davon bei den Bürgern zu belassen. Dem sollte sich die SPD nicht verweigern.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

„Mehr Netto für alle“ – das Steuerentlastungskonzept der CSU richtet den Blick vor allem auf die Familien, die normalen Arbeitnehmer und den Mittelstand. Und damit auf jene Gruppen, die mit ihrer Arbeit den Großteil des anhaltenden Aufschwungs erwirtschaften, im steuerlichen Bereich aber nur unzureichend am Aufschwung teilhaben. Wenn etwa einem Arbeitnehmer mit einem Monatsbrutto von 3.000 Euro von einer Gehaltserhöhung um 90 Euro lediglich 40,70 Euro netto mehr verbleiben, dann ist etwas aus dem Lot geraten. Grund für diese Schieflage ist das Steuersystem, das die Profiteure verdienter Lohnsteigerungen automatisch in höhere Steuertarife trägt. Mit unserem Drei-Stufen-Konzept wollen wir den Wirkungen dieser kalten Progression entschieden begegnen. Familien, Normalverdiener und Leistungsträger sowie der Mittelstand müssen steuerlich wieder fairer behandelt und entlastet werden.



Der Gesamtstaat wird bis zum Jahr 2012 circa 100 Milliarden Euro Steuern mehr einnehmen als heute. Auf den Bund entfallen davon 45 Milliarden Euro. Es ist mehr als gerechtfertigt, 28 Milliarden Euro davon im gleichen Zeitraum bei den Steuerzahlern zu belassen. Und es ist unseriös zu behaupten, die CSU reiße mit ihren Steuersenkungsplänen neue Löcher in die Staatsfinanzen. Fakt ist, dass unsere Pläne lediglich zu einer Abflachung des Steuerzuwachses führen. Wer wie Teile der SPD offenbar nicht bereit ist, zugunsten der Steuerzahler auf Mittel zu verzichten, der muss dies dann auch gegenüber den Wählerinnen und Wählern verantworten. Die Ankündigung der SPD, Ende Mai eigene steuerpolitische Vorstellungen zu veröffentlichen, zeigt im Übrigen, dass die CSU mit dem Thema „Mehr Netto für alle“ absolut richtig liegt.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Müller MdB

Außenpolitik

Deutliche Klimaverbesserung zwischen Polen und Deutschland

Fraktionsvorstand der polnischen Bürgerplattform zu Gast bei der CSU-Landesgruppenspitze

In einem Gespräch mit dem Fraktionsvorstand der polnischen Regierungspartei Bürgerplattform im polnischen Parlament unter Leitung des Vorsitzenden Zbigniew Chlebowski erörterten in Berlin CSU-Landesgruppenvorsitzender Dr. Peter Ramsauer, Parlamentarischer Geschäftsführer Hartmut Koschyk und der europapolitische Sprecher der Landesgruppe, Thomas Silberhorn, das deutsch-polnische Verhältnis, Fragen der Europapolitik sowie das Verhältnis zwischen der EU und Russland.

Seit Antritt der Regierung Tusk sei die ressentimentgeladene Stimmung der Vorgängerregierung einem Stil gewichen, der sich um Sachlichkeit bemühe, sagte Ramsauer. Diese wohlthuende Veränderung werde von der CSU, aber auch von der deutschen Öffentlichkeit allgemein sehr geschätzt. Insgesamt habe der Regierungsantritt der Bürgerplattform PO wesentlich zur Klimaverbesserung zwischen Polen und Deutschland beigetragen.

Alle bilateralen Themen könnten im Geiste der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit gelöst werden. Für polnische Sorgen, etwa

bei der Energieversorgung, bringe man Verständnis entgegen, betonte Ramsauer.



Dr. Peter Ramsauer und Hartmut Koschyk im Gespräch mit Zbigniew Chlebowski und Krzysztof Lisek

Beide Seiten unterstrichen ihre Absicht, die neuen Rechte, die den nationalen Parlamenten aus dem EU-Reformvertrag von Lissabon zu wachsen, aktiv zu nutzen. Dies werde den Subsidiaritätsgedanken in Europa

voranbringen, meinte der europapolitische Sprecher Thomas Silberhorn.

Deutschland stehe auf der Prioritätenliste von Ministerpräsident Tusk ganz oben, unterstrich Zbigniew Chlebowski. Natürlich sei neben der Europapolitik auch das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten für Polen entscheidend. In Bezug auf Russland bemühe man sich um vertrauensbildende Maßnahmen, etwa in der Frage der Raketenabwehrpläne.

Um den deutsch-polnischen Dialog weiter zu vertiefen werden der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer und der Parlamentarische Geschäftsführer Hartmut Koschyk im Juli zu politischen Gesprächen nach Warschau reisen.

Diese Woche

Steuerentlastungskonzept Mehr Netto für alle	S. 1
Außenpolitik Wesentliche Klimaverbesserung zwischen Polen und Deutschland	S. 2
10 Jahre Währungsunion Europäische Währungsunion ist Erfolgsgeschichte	S. 2
Bahnreform Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG auf's Gleis gesetzt	S. 3
Bürokratieabbau Erfreuliche Fortschritte beim Abbau unnötiger Bürokratiekosten	S. 4
Sicherheitspolitik Deutschland braucht nationale Sicherheitsstrategie	S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

10 Jahre Währungsunion

Europäische Währungsunion ist Erfolgsgeschichte

Der vor 10 Jahren erfolgte Startschuss für die Europäische Währungsunion und die damit verbundene Einführung des Euro haben sich als europapolitischer Quantensprung erwiesen. Die europäische Währungsunion trägt dabei die maßgebliche Handschrift des damaligen Bundesfinanzministers und CSU-Vorsitzenden Theo Waigel.

Die Zwischenbilanz nach 10 Jahren Währungsunion fällt überaus positiv aus: Die Stabilität der Europäischen Gemeinschaftswährung ist gesichert. Entgegen allen Unkenrufen lag die jahresdurchschnittliche Inflationsrate mit rund zwei Prozent unter dem langjährigen Durchschnittswert der D-Mark. Der gegenwärtige Ausreißer bei der Preisentwicklung geht auf globale Entwicklungen auf den Energie- und Nahrungsmittelmärkten zurück.

Die anfänglichen Befürchtungen, der Euro könne sich zu einer Schwachwährung entwickeln, wurden längst widerlegt. Im Gegenteil: Der Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar hat inzwischen eine Höhe erreicht, bei der einige Partnerstaaten um ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit fürchten.

Der hohe Außenwert entlastet jedoch andererseits die Importrechnung bei den in Dollar abgerechneten Rohstoffen. Auch in der jetzigen Phase der internationalen Finanzkrise spricht vieles dafür, dass Europas Volkswirtschaften ohne die neue Gemeinschaftswährung mit heftigen Wechselkursstürbungen konfrontiert worden wären.

Der entscheidend von Theo Waigel konzipierte Europäische Stabilitätspakt hat – auch wenn er später aufgeweicht wurde – einen früher in Europa nicht vorhandenen Druck auf eine solide Haushaltspolitik ausgelöst. Die disziplinierende Wirkung des Paktes zwingt alle Mitgliedsstaaten, einen mittelfristigen Ausgleich ihrer Staatshaushalte herbeizuführen.

Bahnreform

Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG auf's Gleis gesetzt

Die Ziele der Bahnreform von 1994 sind bis heute gültig: „Mehr Verkehr auf die Schiene“ und „Nachhaltige Entlastung des Bundeshaushalts“. Schlüsselinstrument der Bahnreform ist mehr Wettbewerb auf der Schiene. Die mit breiter politischer Mehrheit beschlossene Bahnreform war von Beginn an in Stufen angelegt. Die Organisationsprivatisierung und die Konsolidierung zu einer wettbewerbsfähigen DB AG sind erfolgreich bewältigt. Ziel der jetzt beschlossenen Teilprivatisierung ist es, privaten Kapitalgebern eine Beteiligung an den Betriebsgesellschaften zu ermöglichen und zugleich die staatliche Infrastrukturverantwortung zu sichern.

Nach dem Grundgesetz hat der Bund den Verkehrsbedürfnissen der Allgemeinheit bei Ausbau und Erhalt der Schieneninfrastruktur sowie der Verkehrsangebote auf der Schiene Rechnung zu tragen (Art. 87e GG). Der Bund nimmt seine Infrastrukturverantwortung überaus ernst. Er investiert derzeit pro Haushaltsjahr bis zu 4 Mrd. € in das Schienennetz. Der Bund allein kann jedoch die notwendigen Kapitalerhöhungen für die weltweit angelegten Logistikaktivitäten der DB AG nicht leisten.

Unionsvorstellungen haben sich durchgesetzt

Mit dem beschlossenen Modell der Teilprivatisierung der DB AG werden sowohl die Ziele der Bahnreform als auch die Infrastrukturverantwortung des Bundes umgesetzt.

Die getroffene Entscheidung für das sog. „Holdingmodell“ ist eine pragmatische Variante der Teilprivatisierung auf Basis der Beschlusslage der Union. Das Eigentum an der Infrastruktur bleibt beim Staat. Dafür ist die CSU-Landesgruppe immer entschieden eingetreten. Nicht das Schienennetz wird privatisiert, sondern der Bahnbetrieb.

Der Bereich Verkehr und Logistik wird zum Teil privatisiert. Im ersten Schritt werden 24,9 Prozent dieser Sparte an private Investoren veräußert. Der ursprünglich geplante und wirtschaftlich sinnvolle Privatisierungsanteil in Höhe von 49,9 Prozent ist mit der SPD zurzeit nicht zu machen.

Die DB AG hat in den letzten Jahren weltweit eine ganze Reihe Logistikunternehmen aufgekauft, die mit deutschem Schienenverkehr nichts zu tun haben. Unternehmerisch sind diese Aktivitäten in einem globalen Markt sicher ein wichtiger Aspekt. Doch kann es nicht Aufgabe des

deutschen Staates und der Steuerzahler sein, das damit verbundene unternehmerische Risiko zu tragen. Staatliche Aufgabe ist es vielmehr, den Bahnunternehmen Schieneninfrastruktur, d.h. Gleise, Bahnhöfe sowie Weichen zur Verfügung zu stellen. Zu dieser Verantwortung bekennt sich der Bund nachhaltig.



Offensive für das deutsche Schienennetz

Aus dem Erlös der Teilprivatisierung kann eine Offensive für das deutsche Schienennetz finanziert werden – zum Beispiel Elektrifizierung, Bahnhofssanierung und Lärmschutz. Das kommt den Bahnkunden zugute, aber auch den durch starken Lärm belasteten Anwohnern an den Eisenbahnstrecken. Wegen der Begrenzung der Teilprivatisierung auf 24,9 Prozent werden diese Investitionen allerdings geringer ausfallen als erhofft.

Kundenorientierung

Seit Beginn der Bahnreform stehen die Bahnkunden im Mittelpunkt. Die DB AG von heute ist nicht mehr die Behördenbahn von gestern - zum Vorteil der Fahrgäste. Qualität und Service sind deutlich besser geworden. Dies sind die Ergebnisse einer konsequent vorangetriebenen unternehmerischen Ausrichtung der DB AG. Um diesen eingeschlagenen Weg zum Wohle der Kunden weiterzuentwickeln, ist eine stärkere Wettbewerbsausrichtung notwendig. Diese wird mit der Teilprivatisierung ermöglicht. Die Bahnkunden profi-

tieren von den Investitionen in ein attraktives Angebot. Die Kunden im Logistikbereich profitieren vom weiteren Ausbau des weltweiten Logistiknetzes.

Mehr Wettbewerb auf der Schiene

Eine gute Infrastruktur ist Basis für einen funktionierenden Wettbewerb auf der Schiene. Allerdings darf diese Infrastruktur nicht im alleinigen Eigentum eines einzelnen Bahnunternehmens stehen. Der Zugang muss uneingeschränkt allen Wettbewerbern ermöglicht werden. Das gebietet aus gutem Grund auch das EU-Recht, z. B. um Preisdiktate von Monopolisten für die Trassennutzung und den Netzzugang zu verhindern.

Effizienzkontrolle durch den Kapitalmarkt

Durch die Einbindung privaten Kapitals werden die Entscheidungen des Vorstands vom Kapitalmarkt kontrolliert und bewertet. Finanzielle Engagements der DB AG, wo auch immer auf der Welt, werden so der Effizienzkontrolle von Investoren unterzogen. Dies wird positive Auswirkungen auf den Aktienkurs und die Rendite haben, von der auch das Bundesunternehmen DB AG als Hauptanteilseigner profitiert. Die DB AG erhält durch die Gewinnausschüttungen neue finanzielle Spielräume zur weiteren Verbesserung der Schieneninfrastruktur in Deutschland.

Sichere Arbeitsplätze

Die Struktur des Holdingmodells sichert den konzerninternen Arbeitsmarkt. Das geltende Beschäftigungsbündnis kann fortgeführt werden. Damit erhalten die 230.000 Beschäftigten Arbeitsplatzsicherheit. Das ist ein wichtiges Anliegen der Union. Bahnvorstand und Gewerkschaften können jetzt entsprechende Vereinbarungen abschließen.

Bürokratieabbau

Erfreuliche Fortschritte beim Abbau unnötiger Bürokratiekosten

Die unionsgeführte Regierungskoalition hat sich zum Ziel gesetzt, unnötige Bürokratiekosten zu identifizieren, zu beseitigen und dadurch die Bürokratiekosten der Betriebe und Verwaltungen bis zum Jahr 2011 um 25 Prozent zu reduzieren. Die Ressorts haben mittlerweile etwa 270 Vorschläge für Vereinfachungsmaßnahmen vorgelegt. Allein die bereits bezifferten Maßnahmen entlasten die Wirtschaft um insgesamt 4,4 Mrd. Euro pro Jahr.

Der in dieser Woche von der Bundesregierung vorgelegte Zwischenbericht zum Bürokratieabbau beziffert das Entlastungsvolumen der bis heute umgesetzten Maßnahmen zur Vermeidung unnötiger Bürokratiekosten auf ein Volumen von 3,2 Mrd. Euro - eine Steigerung um 1,8 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Damit ist eine wichtige Trendwende eingeleitet.



Aus der Mitte des Bundestages wurde die gesetzliche Grundlage für den Normenkontrollrat geschaffen, der als eine Art Bürokratie-TÜV fungiert. Zugleich hat die Bundesregierung die Voraussetzungen für eine vollständige Erfassung der Bürokratiekosten geschaffen. Die ersten Erfolge beim

Abbau der Bürokratie sind nunmehr spürbar. 270 Vorschläge zum Abbau von Bürokratie in allen Bereichen sind ein ermutigendes Signal.

Beim Abbau der Bürokratie müssen alle Ressorts an einem Strang ziehen. Der Finanzminister hat das Steuerverfahrensrecht vereinfacht, der Arbeitsminister die Intervalle beim Haushaltsscheckverfahren gestreckt. Die Pflegedokumentation wird durch die Pflegereform erleichtert. Der Wirtschaftsminister hat bereits zwei Mittelstandsentlastungsgesetze durchgesetzt, ein drittes wird vorbereitet. Dies zeigt: Der von der CSU-Landesgruppe maßgeblich initiierte Bürokratieabbau macht Fortschritte.

Sicherheitspolitik

Deutschland braucht nationale Sicherheitsstrategie

In einer sich verändernden Welt mit veränderten Bedrohungslagen muss die Politik neue Antworten finden, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können. Mit der auf dem Sicherheitskongress am Mittwoch vorgestellten Sicherheitsstrategie für Deutschland legt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein integriertes Konzept vor, wie den zentralen Bedrohungen begegnet werden kann. Die zentralen Bedrohungen unserer Sicherheit sind der globale Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffversorgung, die Folgen des Klimawandels sowie regionale Konflikte und instabile Staaten. Ein Blick auf die Sicherheitsrisiken zeigt, dass die traditionelle Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit heute kaum noch aufrecht zu erhalten ist. Zur Abwehr dieser Risiken ist die Abstimmung einer Vielzahl unterschiedlicher Instrumente notwendig. Eine wichtige Forderung der Fraktion ist daher die Einführung eines nationalen Sicherheitsrates. Ein solches Gremium unter Vorsitz der Bundeskanzlerin soll als Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungszentrum dienen.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Jugendmedienschutz verbessert

Mit den in dieser Woche im Deutschen Bundestag verabschiedeten Änderungen des Jugendschutzgesetzes wird der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor medialen Gewaltdarstellungen erheblich verbessert - insbesondere vor gewaltbeherrschten Computerspielen. Der Katalog schwer jugendgefährdender Trägermedien wird um Gewaltdarstellungen erweitert und die beispielhafte Aufzählung der im Gesetz genannten Kriterien für Verbotsentscheidung präzisiert.

Die Bundesprüfstelle wird künftig solche Medien und Computerspiele indizieren können, in denen entweder Gewalthandlungen wie Mord- und Metzelszenen selbstzweckhaft und detailliert dargestellt werden oder Selbstjustiz als einzig bewährtes Mittel zur Durchsetzung vermeintlicher Gerechtigkeit nahe gelegt wird.

Darüber hinaus werden Vorgaben für eine bestimmte Mindestgröße und Sichtbarkeit der Alterskennzeichen der Freiwilligen Selbstkontrolle festgeschrieben. In Videotheken und Geschäften muss für jeden weithin erkennbar sein, welche Altersgrenzen für die Nutzung von Computerspielen etc. gelten.

Bayern nahe am Ziel Vollbeschäftigung

Die Zahl der Arbeitslosen in Bayern ist im April deutlich unter die Marke 300.000 gesunken (4,4 Prozent). Ehrgeiziges Ziel: Bayern soll im Jahr 2010 das erste Bundesland sein, das das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht hat. Von Vollbeschäftigung spricht man, wenn die Arbeitslosenquote rund 3 Prozent beträgt.

Die Arbeitslosigkeit in Bayern hat sich in den letzten drei Jahren glatt halbiert. Tendenz: weiter positiv. Durchschnittlich werden in Bayern täglich 300 neue Arbeitsplätze geschaffen - vorwiegend Vollzeitjobs.

Mit 4,5 Millionen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen hat die Beschäftigung in Bayern einen historischen Höchststand erreicht.